

Francois Fillon und Marine Le Pen trotzen der Justiz

Der konservative Kandidat, dem eine Anklageverfahren durch U-Richter bevorsteht, klagt über einen an ihm begangenen politischen Mord durch die sozialistische Staatsführung. Die Nationalistin droht Richtern und Polizisten, die gegen sie ermitteln, mit Vergeltung für den Fall ihrer Machübernahme.

AUS PARIS
DANNY LEDER

Frankreich steuert auf eine Stichwahl für das Präsidentenamt (Anfang Mai) zwischen der Nationalistin Marine Le Pen und dem partei-unabhängigen Liberalen Emmanuel Macron zu. Die Kandidaten der klassischen Großparteien scheinen mehr denn je abgeschlagen.

Der wegen seiner Affären klar ins Hintertreffen geratene konservative Kandidat Francois Fillon versuchte zwar am Mittwoch neu durchzustarten, wirkte dabei aber wenig überzeugend.

Erst ließ Fillon seine am Mittwoch-Vormittag angesagte Tournee auf der Pariser Landwirtschaftsmesse überraschend platzen (er holte sie am Vorabend nach). Wohingegen Marine Le Pen am Vortag dort zehn Stunden lang ein Heimspiel unter den ihr, vielfach geneigten Agrariern absolviert hatte. Stattdessen beorderte Fillon für Mittwoch-Mittag die Medien zu einer Ansprache (ohne Möglichkeit für Fragen).

Zu diesem Zeitpunkt erwartete die Pariser Politszene, dass Fillon das Handtuch werfen würde. Zuletzt hatten sich sogar eingefleischte Aktivisten seiner bürgerlichen Republikaner gewweigert für ihn Flugzettel zu verteilen, weil sie das Geschimpfe der Passanten nicht mehr aushielten. Auch in konservativen Hochburgen sind viele darüber erbost, dass Fillon, der sich ursprünglich als Saubermann präsentiert hatte, jahrelang seine Frau und zwei Kinder für eine nie erbrachte Arbeit als Parlamentsassistenten großzügig entlohnen ließ (wie das Enthüllerblatt *Canard enchainé* Ende Jänner aufdeckte)

Bei einer Führungssitzung der Republikaner am Mittwoch-Vormittag hatte sich Fillon hinter verschlossenen Türen allerdings noch schwankend gegeben. Um dann doch wieder die meisten übrigen konservativen Spitzenpolitiker, die sich auf keinen Ersatzkandidaten verständigen konnten, dazu zu zwingen, sich hinter ihn zu stellen.

Fazit: Ich werde mich nicht ergeben, ich werde mich nicht (als Kandidat) zurückziehen. Begründung: Er sei Opfer eines politischen Mordes. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man, dass Fillon eine Vorladung für eine Einvernahme durch U-Richter für den 15. März erhalten hatte. Diese werden gegen ihn voraussichtlich ein Vor-Anklageverfahren eröffnen, das in einen Prozess münden könnte.

In dieser raschen Vorgangsweise der Justiz so knapp vor den Wahlen will Fillon ein Auftragswerk der sozialistischen Staatsführung erkennen. Weil es aber dafür keinen Anhaltspunkt gibt, appelliert Fillon an die Wähler, sie mögen ihm seine Verfehlungen

angesichts der politischen Herausforderungen, vor denen das Land steht, nachsehen. Was in der seltsamen Formulierung gipfelte: „Frankreich ist größer als meine Fehler“.

Am späten Mittwoch-Nachmittag gingen dann doch mehrere Persönlichkeiten aus dem Umkreis von Fillon und den Reihen der „Republikaner“ auf Distanz: sein bisheriger Sprecher für europäische und internationale Angelegenheiten, Bruno Le Maire, trat zurück. Mehrere Abgeordnete der „Republikaner“ forderten die unverzügliche Ablöse von Fillon als Präsidentschaftskandidaten. Einer erklärte: „Fillon spricht von politischem Mord, aber wir laufen mit ihm Gefahr, politischen Selbstmord zu begehen“. Eine kleine Zentrumsparterie, die UDI, die sich mit den „Republikanern“ in diesem Wahlkampf verbündet hatte, lässt ihre Teilnahme an der Kampagne für Fillon vorübergehend ruhen, nächste Woche soll ein definitiver Beschluss fallen.

Die meisten Argumente, die Fillon gegen die Justiz ins Treffen führt ähneln auf beklemmende Weise der Verteidigungslinie von Marine Le Pen, die ihrerseits wegen der Vergabe fiktiver Jobs auf Kosten des EU-Parlaments und gefälschter Wahlkampf-Ausgaben in Frankreich im Visier der Justiz steht. Allerdings mit zwei beachtlichen Unterschieden: die Nationalisten weigert sich schlicht, der an sie ergangenen Vorladung der Justiz Folge zu leisten. Und sie droht gegen „nicht-patriotische Beamten“, also Richter und Polizisten, die gegen sie ermitteln: Wenn erst einmal, „in wenigen Wochen die jetzigen Machthaber weggefegt“ wären, müssten diese Beamten „für ihre illegalen Methoden gerade stehen“.

Diese Drohung sorgte zwar für Empörung bei Richtern und erstmals auch bei allen Polizeiverbänden. Le Pens Anhänger, die in viel größerem Umfang als andere Wähler an ein „Komplott“ glauben, die Justiz für willfährig halten und die EU vielfach verabscheuen, sind in Sachen Affären freilich weitgehend immun.